

MARK BOSTOCK UND CHARLES HARVEY (eds.)

Economic Independence and Zambian Copper. A Case Study of Foreign Investment
Praeger Publishers, N. Y., London 1972, 294 Seiten

Das Buch geht der Frage nach, welchen Einfluß die staatliche Wirtschaftspolitik auf die Auslands-Investitionen in Zambia hatte, insbesondere nach der Rede Kaundas in Matero vom Juli 1969, wo er eine 51prozentige Beteiligung des Staates an den großen Kupfergesellschaften ankündigte.

Natürlich findet das Streben nach Unabhängigkeit bei Wirtschaftlern sehr unterschiedliche Resonanz. Bisweilen verstehen sie diese Bemühungen der jungen Staaten aber nicht nur als volkswirtschaftliche Problemstellungen — was als sachgerechte Begrenzung anzusehen wäre —, sondern glauben auch, mit ausschließlich wirtschaftlichen Argumenten den Problemen bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beikommen zu können. Dieser Irrtum manifestiert sich leider auch in einer Reihe von Aufsätzen dieses Buches und dabei gerade in denjenigen, denen die Veröffentlichung Titel und Charakter verdankt. Zwar ist den Autoren die innere Widersprüchlichkeit der zambischen Wirtschaft durchaus bewußt, wie es auch schon der Titel andeutet: wirtschaftliche Unabhängigkeit und Kupferproduktion behindern sich gegenseitig (Harvey: Zambia is an extreme example of economic dependence; p. 3). Aber die unter anderem aus dieser Tatsache resultierende staatliche Beteiligung an der Kupferindustrie wird kaum sinnvoll in die Untersuchung eingeordnet werden können, wenn der Autor meint, die politische Motivation außer acht lassen zu können (p. 5). Denn wirtschaftliche Unabhängigkeit wird auf absehbare Zeit für Zambia nur bedeuten können, die Abhängigkeit vom Kupfer in eigener Verantwortung zu meistern.

Bei näherer Betrachtung handelt es sich bei der Vernachlässigung des politischen Aspektes nicht um eine sach- und fachgerechte Beschränkung des Autors, sondern um einen ideosynkratischen Erkenntnisdefekt mit der Wirkung, daß die Analyse der volkswirtschaftlichen Entwicklung zur Betriebswirtschaftslehre degeneriert wird (vgl. Heide und Udo Ernst Simonis: Socioeconomic Development in Dual Economics, The Example of Zambia, S. 15; in dieser Zeitschrift bereits besprochen VRÜ 1972, S. 229). Die rein wirtschaftlichen Argumente werden dem ausländischen Kapitalgeber, an den sich die Veröffentlichung in erster Linie wendet, allenfalls den Eindruck vermitteln, daß der Staat Zambia wie ein westlicher Staat eine wesentliche Bedingung für das Wirtschaftsgebaren Privater ist. Die Beschränkung auf den rein wirtschaftlichen Bereich wird ihm aber die Erkenntnis vorenthalten, daß der Staat Zambia tendenziell die *conditio sine qua non* ist, und dies nicht einmal sosehr in der Form von Staatswirtschaft, sondern wegen seiner Verpflichtung zur Durchsetzung von Entwicklungsstrategien.

Typisch für den oben gekennzeichneten Defekt ist, daß Harvey ohne viel Erklärungen, nachdem er die wesentlichen Konfliktsfelder zwischen Staat und Bergwerksgesellschaften aufgezeigt hat (p. 6), als Heilmittel gegen die fortdauernde wirtschaftliche Abhängigkeit den Zeitlauf und die Verbesserung des Ausbildungswesens anpreist (p. 9). Dabei kann kaum vermutet werden, daß Harvey diesen Vorschlag nur so nebenbei gemacht hätte, denn eine ähnliche Wendung findet sich auch in seinem Beitrag „Growth and Structure of the Economy“ (p. 89 ff., 105).

Das Erstaunliche an diesem Vorschlag ist nicht sosehr seine Naivität, weil doch gerade der Zeitablauf die Wirtschaft Zambias als Rohstoffproduzenten immer

stärker in den Weltmarkt integriert und daher auch immer abhängiger macht, als vielmehr der Widerspruch zu der anfänglichen Erkenntnis der systembedingten Abhängigkeit. Gerade diese Feststellung zwingt dazu, die wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht systemimmanent also auf dem Kupfermarkt zu suchen, sondern bei den Marktsubjekten, soweit sie erreichbar sind: bei den Kupfergesellschaften also. Eben diesen Weg will Zambia offenbar gehen. Er ist aber nicht vorwiegend wirtschaftlich begründbar, kaum völlig rational, sondern vielmehr politisch. Wird dieser Zusammenhang vernachlässigt, so weist Kritik leicht auf den Kritiker zurück. Beispielsweise halten Harvey und Bostock in „The Takeover“ (p. 145 ff., 176) der Regierung vor, das Beteiligungsprogramm enthalte keine Vorstellungen zur Zambianisierung. Dieser Vorwurf stellt den Kritiker insofern bloß, als in Verbindung mit dem Hinweis, daß die Regierung ohnehin nicht das nötige Personal hätte, um die betreffenden Gesellschaften vollständig zu übernehmen (p. 177), behauptet wird: was England in der Vergangenheit an Unterentwicklung im Lande zurückgelassen hat, ist eine gegenwärtige Schuld Zambias.

Schließlich sei noch auf einen Beitrag von Gordon hingewiesen, in dem dieser sich mit den Zukunftsaussichten für ausländische Investitionen in der zambischen Kupferindustrie befaßt (The Prospect for New Mine Investment, p. 189 ff.). Der Autor kommt zu folgendem Ergebnis: Kapitalzuflüsse seien wieder in höherem Maße zu erwarten, wenn der Staat weiterhin zu 100 Prozent private Bergwerksgesellschaften zulassen und von allen Steuerbelastungen ausnehmen würde, bis eine bestimmte Rentabilitätsgrenze erreicht sei. Bei deren Erreichen soll dann der Staat automatisch Anteile von 51 Prozent des Stammkapitals erwerben, zahlbar an die — ehemaligen — Eigentümer aus den Profiten der Gesellschaft. Dabei handelt es sich für diese Eigentümer offenbar um ein sicheres Geschäft, aber welche Entwicklungsstrategien blieben unter diesen Umständen dem Staat?

Soviel sei zu den zentralen Beiträgen dieser Veröffentlichung bemerkt. Der Leser mag entschuldigen, daß auf die sachlichen Inhalte nicht näher eingegangen wurde. Ihn werden aber von der Sache her nicht sosehr die Arbeiten der „businessmen“ (Gordon p. 208) interessieren — Gordon beispielsweise steht im Dienst der Anglo-American Corporation of South Africa, und Bostock ist Direktor einer englischen Wirtschaftsberatungsgesellschaft in Zambia —, sondern eher die historisch aufschlußreichen Arbeiten von Slinn: „The Legacy of the British South Africa Company, The Historical Background“ (p. 23 ff.) und die von Drysdall: „Prospecting and Mining Activity, 1895—1970“ (p. 53 ff.).

Ein gemeinsames Urteil über die teilweise widersprüchlichen Beiträge soll hier nicht versucht werden, zumal dies nicht ohne Diskussion darüber abginge, unter welchen Bedingungen sinnvoll die Aufsatzproduktion zu Büchern zusammengefaßt werden kann (vergl. Faber und Potter p. VII). Der Leser zumindest, der nicht gerade in Zambia zu investieren gedenkt, steht nach der Lektüre dieses Buches auch weiterhin vor der Frage, von welcher Freiheit die wirtschaftliche Unabhängigkeit ein Teil ist und wie sich der ausländische Investor gegenüber einem Staat zu verhalten hat, der nach solcher Freiheit strebt.